

Bericht aus dem Kreistag

Ausgabe 4/2017, 25. September 2017



CDU FRAKTION

IM KREISTAG DES LANDKREISES OSNABRÜCK

Unsere Themen

Landkreis Osnabrück investiert 16 Millionen Euro in die Gymnasien: Raumbedarf durch den Wechsel von G8 auf G9

Landkreis Osnabrück und Kommunen verständigen sich auf 160 Millionen Euro Paket - Kita- und Krippenfinanzierung auf neuer Basis

Breitbandausbau im ländlichen Raum

Inklusion ist noch nicht am Ziel

Besuch der LAGA-Baustelle Bad Iburg



CDU-Kreistagsfraktion Osnabrück
Fraktionsvorsitzender Martin Bäumer, MdL
Am Schölerberg 1 | 49082 Osnabrück | 0541 501-2084
cdu.osland@t-online.de | www.cdu-kreistagsfraktion-osnabrueck.de



Bericht aus dem Kreistag

Ausgabe 4/ 2017 — 25. September 2017



GEMEINSAM. KOMPETENT.
FÜR DIE ZUKUNFT.
IM LANDKREIS OSNABRÜCK



Liebe Leserin,
lieber Leser,

der Kreistag hat in seiner Sitzung drei wichtige Dinge beschlossen: Eine Erhöhung der Unterstützung der

Städte und Gemeinden für die Aufgaben der Kinderbetreuung, ein Investitionspaket für den Anbau an den Gymnasien im Landkreis Osnabrück und eine Antragstellung für den weiteren Breitbandausbau im Landkreis Osnabrück.

Damit stärken wir den Standort Landkreis Osnabrück und verbessern die Qualität der Bildung in Kindertagesstätten und an den Gymnasien, deren Schulträger der Landkreis Osnabrück ist. Mit der heutigen Beschlussfassung über eine erhöhte Unterstützung der Kommunen für die Kinderbetreuung besteht in den Städten und Gemeinden jetzt Planungssicherheit für die Haushalte des nächsten Jahres. Der heutige Beschluss für den Anbau an

den Gymnasien im Landkreis wird den Wechsel von der achtjährigen (G8) auf die neunjährige (G9) Schulzeit an den Gymnasien erleichtern.

Der eine oder fragt sich, warum die Gymnasien mit den erhöhten Schülerzahlen ab dem Jahr 2020 Probleme bekommen sollen, wo es doch früher auch schon eine neunjährige Schulzeit im Gymnasium gegeben hat. Ehrlicherweise haben die Auflösung der Orientierungsstufe und der Wechsel zu G8 damals dazu geführt, dass auf Anbauten verzichtet werden konnte. Am Gymnasium Bad Essen haben viele Jahre Container gestanden und die Außenstell des Gymnasiums Oesede an der Overbergschule konnte auch erst vor wenigen Jahren aufgelöst werden. Die jetzt geplanten Anbauten sind kein Luxus, sondern decken den schon heute bekannten Raumbedarf.

Schnelles Internet ist auch für den Landkreis ein Zukunftsthema. Noch immer gibt es Straßen im Landkreis, die weit weg von den nötigen Kabelverzweigern stehen. Um hier zu Verbesserungen zu kommen, bewerben wir uns erneut um eine Bundesförde-

rung in Höhe von 15 Millionen Euro. Details lesen Sie auf den folgenden Seiten.

Herzlichst
Ihr

Martin Bäumer



CDU-Kreistagsfraktion Osnabrück
Fraktionsvorsitzender Martin Bäumer, MdL
Am Schölerberg 1 | 49082 Osnabrück | 0541 501-2084
cdu.osland@t-online.de | www.cdu-kreistagsfraktion-osnabrueck.de

CDU FRAKTION
IM KREISTAG DES LANDKREISES OSNABRÜCK

Landkreis Osnabrück stellt weiteren Förderantrag für Breitband



Bereits seit dem Jahr 2010 kümmert sich der Landkreis Osnabrück um den Breitbandausbau im ländlichen Raum. Seitdem konnten durch verschiedene Förderprogramme und

eigene Maßnahmen der TELKOS mehr als 15.000 Haushalte, die zuvor nicht einmal über eine Grundversorgung von 2 Mbit/s verfügten, deutlich schnelleres Internet erhalten. Mittlerweile beträgt die sog. Eingriffsschwelle (die Bandbreite, unterhalb derer Haushalte und Unternehmen als unterversorgt gelten und durch die öffentliche Hand gefördert werden dürfen) immerhin 30 Mbit/s. Nach dieser Maßgabe allerdings verblieben im Landkreis Osnabrück noch rd. 25.000 Haushalte, allesamt im ländlichen Raum, unterversorgt.

Der Landkreis Osnabrück hat sich durch die TELKOS im Jahr 2016 um Fördermittel von 15 Mio. EUR beim Bund und 5 Mio. EUR beim Land beworben und im Herbst 2016 jeweils positive Vorbescheide erhalten. Die Summen stellen die Förderhöchstsummen je Projekt dar. Seitdem haben Landkreis und TELKOS maßgebliche Vorarbeiten für den geförderten Ausbau erledigt, insbesondere wurden in zwei umfangreichen europaweiten Vergabeverfahren, jeweils als Verhandlungsverfahren mit mehreren gestaffelten Verhandlungsrunden, ein Provider, der das zu bauende Netz betreibt und Dienste bereitstellt (Telefon- und Internetanschluss, IPTV, etc.), sowie ein Generalplaner, der die Ausführungs- und Genehmigungsplanung sowie Bauaufsicht und Dokumentation

leisten wird, ausgewählt. Die Providerausschreibung gewann die Innogy TelNet GmbH, als Generalplaner wurde die s & p Beratungs- und Planungsgesellschaft (Seim und Partner) ausgewählt. Aktuell wurde die angepasste Netzplanung umfangreich abgestimmt, insbesondere mit dem Fördermittelgeber, der Innogy TelNet als Betreiber und allen kreisangehörigen Städten und Gemeinden. Nächster Meilenstein ist der zeitnahe Start der Ausschreibung der Tiefbauleistungen. Nach Abschluss des Projektes werden über die TELKOS rd. 39 Mio. EUR in den Breitbandausbau investiert worden sein, werden mehr als 400 km neue Glasfasertrassen im Landkreis Osnabrück errichtet worden sein, und werden rd. 8.000 Haushalte neu mit einer Bandbreite von 50 Mbit/s oder mehr versorgt sein, darüber hinaus werden weitere mehrere tausend Haushalte eine deutlich spürbare Verbesserung unterhalb der 50 Mbit/s erfahren haben. Rund 120 Kabelverzweiger werden mit Glasfaser überbaut worden sein, Unternehmen in mehr als 30 unterversorgten Gewerbegebieten und zahlreiche Unternehmen außerhalb formeller Gewerbegebiete werden einen Glasfaserdirektanschluss erhalten haben.

Auch nach Abschluss des aktuellen Projektes werden im Landkreis Osnabrück noch viele mit weniger als 30 Mbit/s versorgte weiße Flecken verbleiben. Ganz überwiegend wird es sich dann nur noch um solche Haushalte handeln, die zwar an einem durch den Markt oder unsere bereits angestregten Maßnahmen mit Glasfaser erschlossenen Kabelverzweiger hängen, jedoch aufgrund der individuellen Leitungslänge weniger als 30 Mbit/s

erhalten. Diese verbleibenden weißen Flecken bestehen ausschließlich aus Privathaushalten und Gewerbebetrieben außerhalb von formellen Gewerbegebieten. Verbesserungen werden dann nur noch durch FTTB-Projekte, mithin durch Glasfaserdirektanschlüsse erreicht werden können. Hinzukommen könnten allenfalls Einzelfälle, in denen TK-Unternehmen zuvor kommunizierte Ausbauabsichten für Kabelverzweiger wieder zurücknehmen. Im weiteren Ausbau wird die TELKOS daher mit Ihrer Glasfaserinfrastruktur immer weiter in die ländlichsten, bisher am schlechtesten versorgten Räume vordringen.

Ohnehin kann das derzeit von der Bundesregierung ausgegebene Breitbandziel von 50 Mbit/s, zusammen mit der Eingriffsschwelle von 30 Mbit/s, oberhalb derer derzeit kein öffentliches Engagement zur Verbesserung notwendig ist, nur ein Zwischenziel sein auf dem Weg, Glasfaser in beinahe jedes Haus im Landkreis Osnabrück zu bringen. Jeder weitere im Kreisgebiet verlegte Meter Glasfaser ist ein wertvoller Zwischenschritt im Hinblick auf diese Zielsetzung. Die Versorgung dieser Räume ist allerdings höchst unwirtschaftlich und kann nur unter Zuhilfenahme großer Fördersummen gelingen. Der Investitionsbedarf lässt sich derzeit nur sehr grob und überschlägig schätzen, rd. 200 Mio. EUR und mehr könnten notwendig sein.

Der Bund hat hierzu angekündigt, bis 2025 jährlich rund 3 Mrd. in den bundesweiten Breitbandausbau investieren zu wollen, so dass der geförderte Ausbau von Glasfaseranschlüssen in den ländlichen Raum noch auf Jahre hin fortschreiten wird (und dies auch muss).

Christian Calderone

Sachkostenzuschuss nach §118 NSCHG



Der Landkreis Osnabrück und seine Städte, Gemeinden und Samtgemeinden sind verlässliche Partner. Das ist uns als CDU/FDP-CDW-Gruppe sehr wichtig.

Die Verwaltung soll heute vom Kreistag ermächtigt werden, eine neue öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Sachkostenerstattung nach §118 NSCHG zu schließen, das wird von der CDU/FDP-CDW-Gruppe unterstützt und ist eine frohe Botschaft an die kreisangehörigen Kommunen.

Der Fachbereich 11 unter der Leitung von Stefan Muhle und die Bürgermeister der Städte, Gemeinden und Samtgemeinden haben die neue Vereinbarung gemeinsam erarbeitet - das ist gut so!

Im Jahre 2014 betrug der Sachkostenzuschuss für die Haupt-, Real – und Oberschulen 350,00 Euro je Schüler. Ab 2014 hat es eine deutliche Anhebung des Zuschusses an die Kommunen, sowie eine Veränderung der Systematik gegeben. Der Kostenanteil wurde von 50 % auf 55 % angehoben und es wurde ein festes Budget eingerichtet.

Das Budget wird dem Demografie-Faktor Rechnung tragen. Es wird berücksichtigt, dass Kosten nicht im gleichen Verhältnis sinken wie die Schülerzahlen.

5,16 Mio. Euro, das bedeutete pro Schüler 447,00 Euro - ein Plus von

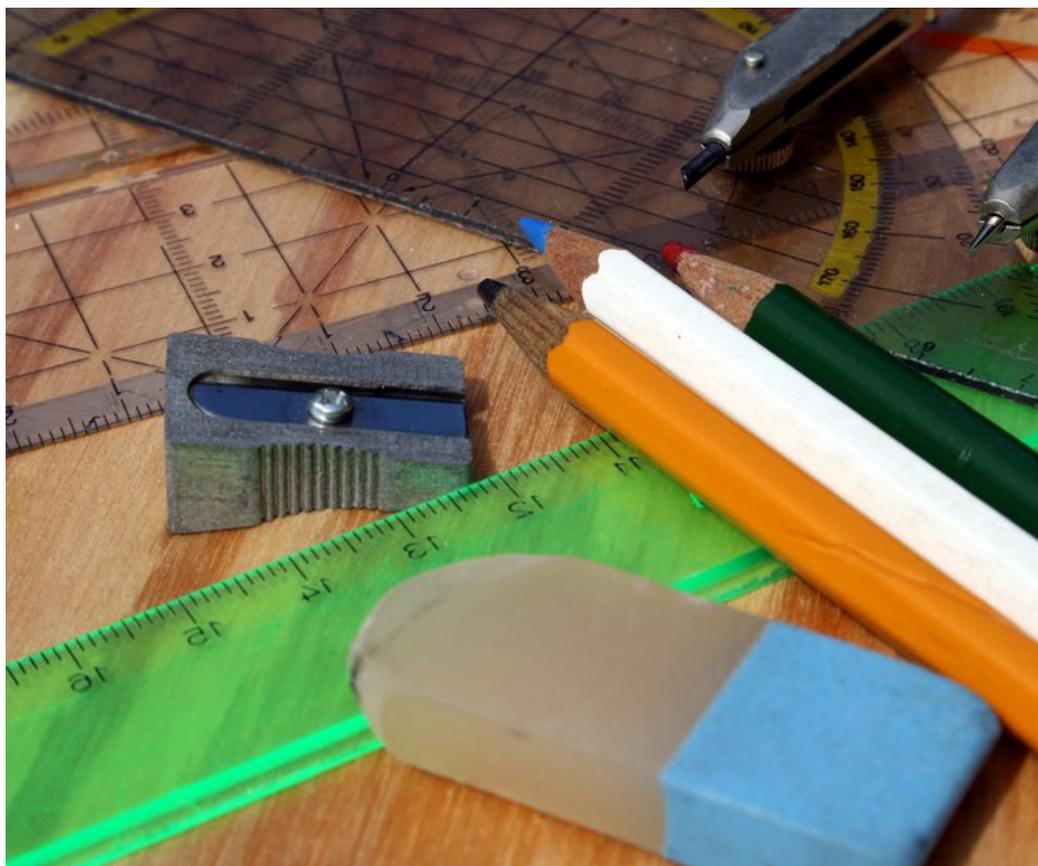
100,00 Euro pro Schüler.

In der neuen Vereinbarung, die ab dem 01.01.2017 in Kraft tritt und eine Laufzeit bis zum 31.12.2022 haben soll, wird das Budget auf 6,4 Mio. angehoben und soll ab 2018 pro Jahr um 1 % p.a. steigen.

In den Augen der CDU/FDP-CDW-Gruppe ist das eine Vereinbarung, die für beide Partner Transparenz schafft. Die Schulbaukasse soll weiterhin ruhen, aber ab 2018 wird der Landkreis den Städten, Gemeinden und Samtgemeinden einen Pro-Schüler-Betrag von 96,25 Euro zahlen, um damit die Instandhaltung und Modernisierung der Schulgebäude zu unterstützen.

Das Modell begrüßen wir als CDU/FDP-CDW-Gruppe sehr.

Christoph Ruthemeyer



Sachkostenzuschuss an die Schulstiftung im Bistum Osnabrück



für uns als CDU/ FDP-CDW-Gruppe steht die Bildung als „Zentrales Thema“ im Landkreis Osnabrück im Focus.

Im Mittelpunkt steht für uns als

Gruppe dabei die Vielfalt, die wir unseren Schülern und Eltern im Landkreis anbieten. Dazu gehören für die CDU/FDP-CDW-Gruppe unbedingt auch die Schulen in Trägerschaft der Schulstiftung im Bistum Osnabrück. Das wären die beiden Oberschulen, also die Domschule und die Thomas-Morus-Schule, sowie die beiden Gymnasien, die Ursula – und Angela-schule. Rund 2000 Schüler gingen in den zurückliegenden Jahren in diese vier Schulen.

Aus den sog. Überschneidungsgebieten, d.h. aus den Gemeinden Belm, Bissendorf, Hasbergen und Wallenhorst können die Schüler die Gymnasien besuchen, weitere 40 Schüler je Jahrgang werden aus dem übrigen Kreisgebiet aufgenommen, das wird von unserer CDU/FDP-CDW-Gruppe auch weiterhin unterstützt.

Wir als Gruppe denken, dass der Landkreis ein großes Interesse daran hat, das die beiden Gymnasien von diesen Schülern angewählt werden können. Die großen Unterschiede der Kosten-erstattung pro Schüler zwischen der Schulstiftung des Bistums und der Stadt Osnabrück ist jedem von uns hier bekannt. Womit das begründet wird ist mir noch nicht klar.

Die Qualität des Unterrichtes ist sicherlich an allen Schulen gleich gut. Der Erstattungsbeitrag je Schüler von 522,00 wurde in der guten Vorlage, die im Fachbereich 11 erarbeitet wurde, sehr gut begründet und wird von uns als Gruppe unterstützt.

Die Regelung, die für die Domschule und die Thomas-Morus -Schule gemeinsam erarbeitet wurde, ist auch sehr gut begründet.

Ein wichtiger Punkt ist sicherlich, dass der Landkreis und die Schulstiftung des Bistums gemeinsam, und das Gemeinsame sollte betont werden, das Ziel verfolgen, dass sowohl die kommunalen Haupt-, Real-, und Oberschulen, als auch die beiden Oberschulen der Schulstiftung des Bistums nicht im Bestand gefährdet werden.

Wir als CDU/FDP-CDW-Gruppe stimmen den Punkten 1-5 uneingeschränkt zu.

1) Die Vereinbarung soll nicht mehr an die Vereinbarung nach §118 NSCHG mit den kreisangehörigen Städten, Gemeinde und Samtgemeinden gekoppelt werden.

2) Der Landkreis Osnabrück beteiligt sich mit einem Pro-Schüler-Betrag in Höhe von 522,00 Euro an die Schulsachkosten für die Gymnasien.

3) Der Landkreis Osnabrück beteiligt sich mit einem Pro-Schüler- Betrag in Höhe von 389,00 Euro an den Schulsachkosten der Oberschüler.

4) Die Vereinbarung gilt rückwirkend ab dem 1.01.2016. Ab 2017 ist zum

Ausgleich von Kostensteigerungen eine Erhöhung der PRO-Schüler-Beträge um 1% pro Jahr vorgesehen.

5) Der Landkreis Osnabrück gewährt ohne Anerkennung einer Rechtspflicht einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 750.000,00 Euro.

In Namen der CDU/FPD-CDW-Gruppe danke ich dem Fachbereich Finanzen, Stefan Muhle und seinem Team sowie der Schulstiftung im Bistum Osnabrück für die „partnerschaftliche Verhandlung“ und das Ergebnis, das uns heute als Beschlussvorlage vorliegt.

PS.: In dieser Woche befinden sich fast 1.000 Schüler der Domschule in Rom, davon ist ein großer Anteil von Kindern und Jugendlichen aus dem Landkreis dabei. Einen Dank an die Lehrer, die dieses mit ermöglichen. Die Rahmenbedingungen passen an dieser Schule wohl, das wünsche ich mir auch für alle Kinder an den staatlichen Schulen!

Christoph Ruthemeyer



Wechsel zu G9 - Raumbedarfe und bauliche Erweiterungen an Gymnasien



Gemäß Tagesordnung und Beschlussvorlage geht es hier und heute um den „Wechsel zu G9 - Raumbedarfe und bauliche Erweiterungen an Gymnasien“-

und nicht etwa um die Frage, ob die IGS Bramsche eine eigene gymnasiale Oberstufe erhalten soll.

Im Bildungsausschuss, aber vor allem in der anschließenden Presseberichterstattung in NOZ und „Bramscher Nachrichten“ konnte man allerdings einen anderen Eindruck gewinnen.

Der Raumbedarf für bauliche Erweiterungen ist grundsätzlich an fünf Landkreis-Gymnasien unbestritten, das haben im Bildungsausschuss selbst die GRÜNEN für vier Gymnasien ohne Abstriche eingeräumt. Wegen Bramsche gab es im Ausschuss Nachfragen (Frau Anna Keschull).

Die SPD hat im Ausschuss erfreulich klar (Herr Erwin Schröder) erklärt, dass nach den hohen Investitionen für die Gesamtschulen in Melle und Bramsche nun auch die Gymnasien „an der Reihe“ seien, und die Beschlussvorlage für alle fünf betroffenen Gymnasien mitgetragen.

Zur Diskussion um Bramsche:

Mit Blick auf die gymnasiale Oberstufe des Greselius-Gymnasiums Bramsche ist festzuhalten, dass auch an dieser Stelle unstrittig ein hoher Raumbedarf besteht.

Selbst dann nämlich, wenn die Anzahl der zu Beginn des Schuljahres 2021/22 (!) zusätzlich in den Jahrgang 11 eintretenden Schülerinnen und Schüler, die aus der IGS Bramsche und - ich betone das - aus allen weiteren benachbarten Schulen kommen, geringer sein sollte als von der Verwaltung begründet prognostiziert, die Vorlage geht von 40 bis 50 aus, besteht massiv Raumbedarf am Bramscher Gymnasium! Benachbarte Schulen im Sekundarbereich I neben der IGS Bramsche sind z. B. die Realschulen und die Hauptschulen in Bramsche und Wallenhorst, die Oberschulen in Neuenkirchen/ Bramsche und Anikum.

Der extremste Fall („GAU“) völlig ausbleibender Übergänge wird aber nach meiner festen Überzeugung gar nicht eintreten und zwar aufgrund bereits angelaufener Kooperationen und eines vielversprechenden Konzepts des Greselius-Gymnasiums für einen reibungslosen Übergang von Schülerinnen und Schülern, die ihren Erweiteren-Sek.-I-Abschluss an benachbarten Schulen erworben haben.

Ein Konzept des Greselius-Gymnasiums für dieses „Übergangsmanagement“ liegt schriftlich vor, wurde bereits vorgestellt, ist der Verwaltung und den Gesprächspartnern in Bramsche bekannt. Es steht selbstverständlich zur Diskussion. Verantwortlich aber ist das Gymnasium, weil es definitiv um die Oberstufe des Greselius-Gymnasiums geht.

Dieses Konzept wurde z. B. dem Arbeitskreis Bildung der CDU/FDP-CDW-Gruppe schon bei einem Besuch Anfang Juni 2017 im Greselius-Gymnasium Bramsche vorgestellt und bei die-

ser Gelegenheit selbstverständlich auch mit der Schulleitung der IGS Bramsche diskutiert.

Im Übrigen schaue ich bei der Frage eines Übergangs in die gymnasiale Oberstufe vorrangig nicht nur auf die IGS Bramsche in Trägerschaft des Landkreises, sondern mindestens ebenso auf die Realschule Bramsche, die einen guten Ruf hat und leistungsorientiert arbeitet. Das gilt auch für weitere Schulen, die ich gerade schon genannt habe.

Wichtig ist, daran zu denken, dass mit der Wiedereinführung von G9 auch „gefühl“ der Übergang von Realschulen an Oberstufen von Gymnasien deutlich attraktiver wird, weil die Realschülerinnen und Realschüler mit Erw.-Sek.-I-Abschluss nunmehr wieder direkt in den Jahrgang 11 eintreten werden und nicht wie bei G8 den Jahrgang 10 an einem Gymnasium sozusagen wiederholen müssen.

Im Übrigen ist zweifellos damit zu rechnen, dass sich in den kommenden Jahren die Übergangsquote nach Jahrgang 4 auch an das Bramscher Gymnasium weiter erhöhen wird. Auch das würde dann am Ende die Übergangsquote in die gymnasiale Oberstufe in jedem Falle erhöhen! (Das muss man unter Qualitätsgesichtspunkten ja gar nicht gut finden, es ist aber ganz sicher vorhersehbar!)

Auch will ich ganz deutlich sagen:

Wir dürfen unser Greselius-Gymnasium in Bramsche im Vergleich zu den anderen Landkreis-Gymnasien nicht benachteiligen, nur weil unmittelbar neben dieser sehr erfolgreichen Schule eine Gesamtschule errichtet wurde! Auf völlig haltlose und unwahre Behauptungen in dem „Offenen Brief“ einer IGS-Elterninitiative hat Frau Slink, die Schulleiternratsvorsitzende des Bramscher Gymnasiums, inzwischen völlig angemessen mit einer eindeutigen Richtigstellung reagiert. Ich gehe davon aus, dass alle Fraktionen das aufmerksam zur Kenntnis genommen haben.

Die IGS Bramsche i. E. (im Entstehen) unterrichtet zurzeit vier- bzw. dreizügig in den Jahrgängen 5 (dreizügig), 6 (vierzügig) und 7 (vierzügig). Über die dort am Ende des Jahrgangs 10 (also erst in 3,5 Jahren!) erreichbaren Abschlüsse will ich nicht spekulieren - weder positiv noch negativ. Das ist aber heute auch nicht Thema!

Im Ergebnis:

Es geht heute um die Ihnen vorliegende Beschlussvorlage, mit deren Umsetzung unsere Gymnasien und deren Raumbedarfe nach dem Wechsel zu G9 zukunftsfähig gemacht werden sollen.

Für fünf Gymnasien in Trägerschaft des Landkreises - nämlich für das Artland-Gymnasium Quakenbrück, das Gymnasium Bersenbrück, das Greselius-Gymnasium Bramsche, das Gymnasium Oesede und das Gymnasium Bad Essen - sind erhebliche finanzielle Anstrengungen von ca. 16,5 Mio € erforderlich.

Diese Investitionen wollen wir unternehmen in die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen.

Clemens Lammerskitten



Kreispolitiker besuchen Gymnasium Oesede CDU/FDP/CDW-Gruppe sieht Bedarf für den Neubau von sieben Räumen

Kreistagsmitglieder aus der CDU/FDP/CDW-Gruppe im Kreistag des Landkreises Osnabrück haben sich Ende Juli die Zeit genommen, das Gymnasium Oesede zu besuchen und mit Schulleiter Ulrich Schimke, dem stellvertretenden Schulleiter Thomas Rohm sowie Koordinator Klaus Fischer zu sprechen. Inhalt des Gesprächs waren die durch den Wechsel von der achtjährigen (G8) auf die neunjährige



(G9) Schulzeit erforderlichen Bau-maßnahmen an der Schule. Für die Kreispolitiker und ihren Vorsitzenden Martin Bäumer ist klar: „Der Wechsel sorgt auch in Oesede dafür, dass zukünftig ein ganzer Jahrgang zusätzlich beschult wird. Dafür fehlen bislang die entsprechenden Räume. Wir werden uns dafür stark machen, dass im Kreishaushalt Geld für die erforderlichen Baumaßnahmen bereitgestellt wird.“

Auf den ersten Blick erscheine es unlogisch, dass die Wiederherstellung der ursprünglichen Schulzeit von neun Jahren am Gymnasium mehr Platz erfordere. Dabei sei allerdings zu bedenken, dass die Auflösung der Orientierungsstufe eigentlich schon vor Jahren Anbauten erforderlich gemacht hätte, wenn die Schulzeit an den Gymnasien nicht auf acht Jahre

verkürzt worden wäre. Das Gymnasium habe deshalb an der Overbergschule lange Jahre eine Außenstelle gehabt, die erst durch den Anbau von zwölf Räumen aufgelöst werden konnte. Im Jahr 2008 sei zudem eine Mensa angebaut worden. Zusätzlich werde die Rückkehr zu 30 Wochenstunden in der Sekundarstufe I zu einer stärkeren Auslastung der Klassenräume am Vormittag führen. Das Gymnasium in Oesede, das von Kindern aus Georgsmarienhütte, Hagen a.T.W. und Hilter a.T.W. besucht wird, sei stabil 6zünftig, aktuell sei die Schule mit 1.264 Schülern (Schuljahr 2016/2017) das größte Gymnasium im Landkreis Osnabrück.

Am Gymnasium Oesede ist der Neubau von sieben Klassenzimmern und die Erweiterung des Lehrerzimmers geplant. Einer der neuen Räume soll nach Vorstellung der anwesenden CDU-Politiker für eine spezielle „Realschulklasse“ genutzt werden, mit der erfolgreichen Absolventen der Realschule Georgsmarienhütte und



der Oberschulen in Hagen a.T.W. und Hilter a.T.W. der Erwerb des Abiturs ermöglicht werden soll. Umgesetzt werden sollen die Baumaßnahmen zum 1. August 2020. Bis dahin müssen die Bauleistungen geplant und ausgeschrieben werden. Für die konkrete Umsetzung sind 18 Monate vorgesehen, sodass die Bauphase Ende 2018 beginnen muss. Der schulpolitische Sprecher der CDU/FDP/CDW-Gruppe, Christoph Ruthemeyer aus Georgsmarienhütte, ist sich sicher, dass die dafür notwendigen politischen Beschlüsse im Herbst 2017 im Kreistag gefasst werden: „Unsere Schüler brauchen neben gutem Unterricht auch gute Unterrichtsräume. Dafür ist der Landkreis als Schulträger zuständig und darauf können sich die Bürger verlassen.“



Kreispolitiker besuchen Gymnasien in Bersenbrück und Quakenbrück, CDU/FDP/CDW-Gruppe: „Wechsel zu G9 erfordert Neubau von Klassenräumen“

Kreistagsmitglieder aus der CDU/FDP/CDW-Gruppe im Kreistag des Landkreises Osnabrück haben sich am Dienstag (25. Juli 2017) die Zeit genommen, das Artland-Gymnasium Quakenbrück und das Gymnasium Bersenbrück zu besuchen und mit den beiden Schulleitern Stephan Keppler und Falk Kuntze zu sprechen. Inhalt der Gespräche waren die durch den Wechsel von der achtjährigen (G8) auf die neunjährige (G9) Schulzeit erforderlichen Baumaßnahmen an den beiden Schulen. Für die Kreispolitiker und ihren Vorsitzenden Martin Bäumer ist klar: „Der Wechsel sorgt dafür, dass zukünftig ein ganzer Jahrgang zusätzlich beschult wird. Dafür fehlen bislang die entsprechenden Räume. Wir werden uns dafür stark machen, dass im Kreishaushalt Geld für die erforderlichen Baumaßnahmen bereitgestellt wird.“

Auf den ersten Blick erscheint es unlogisch, dass die Wiederherstellung der ursprünglichen Schulzeit von neun Jahren am Gymnasium mehr Platz erfordere. Dabei sei allerdings zu bedenken, dass die Auflösung der Orientierungsstufe eigentlich schon vor Jahren Anbauten erforderlich gemacht hätte, wenn die Schulzeit an den Gymnasien nicht auf acht Jahre verkürzt worden wäre. Darauf wies Schulleiter Stephan Keppler hin. Zusätzlich werde die Rückkehr zu 30 Wochenstunden in der Sekundarstufe I zu einer stärkeren Auslastung der Klassenräume am Vormittag führen. Das Artland-Gymnasium in Quakenbrück sei stabil 4zünftig, aktuell lägen 107 Anmeldungen für das neue Schuljahr vor. „Unter den 800 Schülern sind auch 150 Schüler aus dem Landkreis Cloppenburg, die überwiegend aus Bevern und Essen stammen.“

Das dies gut für das Artland-Gymnasium sei, bestätigte der heimische Landtags- und Kreistagsabgeordnete Christian Calderone.



Auch die Zusammenarbeit zwischen der Oberschule Artland und dem Gymnasium bezeichnete Keppler als gut. „Wir betreiben eine gemeinsame Ausbildungsplatzbörse und nehmen jedes einzelne Kind in den Blick, um den individuell besten Schulweg zu finden.“

In Quakenbrück plant der Landkreis Osnabrück einen Anbau mit insgesamt vier neuen Klassenzimmern.

In Bersenbrück ist der Neubau von fünf Klassenzimmern erforderlich, wie Schulleiter Falk Kuntze deutlich machte. Kuntze freute sich über die gute

Unterstützung der Gymnasien durch den Schulträger Landkreis Osnabrück in den vergangenen Jahren. Die finanzielle Unterstützung lasse zu, dass das Angebot für die Schüler stetig verbessert werden könne. Die Zusammenarbeit mit der Berufsbildenden Schule Bersenbrück (BBS) werde auch durch die gemeinsame Nutzung der Mensa unterstützt. Das Bersenbrücker Gymnasium gehöre landesweit zu nur zwei Schulen, an denen die Schüler Kurse im Bereich Ernährungslehre belegen könnten. Auch in den nächsten Jahren sei die Schule gesichert 5zünftig. Der Zuspruch zum Gymnasium sei weiterhin ungebrochen.

Besonders interessant fanden die Politiker der CDU/FDP/CDW-Gruppe Kuntzes Ausführungen zur digitalen

Schule, die im Herbst in einem weiteren Termin vertieft diskutiert werden sollen. Auch der Bersenbrücker Schulleiter machte deutlich, wie gut und wichtig die Zusammenarbeit mit den Oberschulen in der Samtgemeinde Bersenbrück sei.

Umgesetzt werden sollen die Baumaßnahmen in Bersenbrück und Quakenbrück zum 1. August 2020. Bis dahin müssen die Bauleistungen geplant und ausgeschrieben werden. Für die konkrete Umsetzung sind 12 Monate vorgesehen, sodass die Bauphase Anfang 2019 beginnen muss. Der schulpolitische Sprecher der CDU/FDP/CDW-Gruppe, Christoph Ruthemeyer, ist sich sicher, dass die dafür notwendigen politischen

Beschlüsse im Herbst 2017 im Kreistag gefasst werden: „Unsere Schüler brauchen neben gutem Unterricht auch gute Unterrichtsräume. Dafür ist der Landkreis als Schulträger zuständig und darauf können sich die Bürger verlassen.“



Kreispolitiker besuchen Gymnasium Bad Essen, CDU/FDP/CDW-Gruppe sieht Bedarf für den Neubau von zehn Räumen

Bad Essen. Kreistagsmitglieder aus der CDU/FDP/CDW-Gruppe im Kreistag des Landkreises Osnabrück haben sich Ende Juli die Zeit genommen, das Gymnasium zu besuchen und mit der Schulleiterin Sylvia Schlie sowie Koordinator Helmut Baumann zu sprechen. Inhalt des Gesprächs waren die durch den Wechsel von der achtjährigen (G8) auf die neunjährige (G9) Schulzeit erforderlichen Baumaßnahmen an der Schule. Für die Kreispolitiker und ihren Vorsitzenden Martin Bäumer ist klar: „Der Wechsel sorgt dafür, dass zukünftig auch in Bad Essen ein ganzer Jahrgang zusätzlich beschult wird. Dafür fehlen bislang die entsprechenden Räume. Wir werden uns dafür stark machen, dass im Kreishaushalt Geld für die erforderlichen Baumaßnahmen bereitgestellt wird.“

Auf den ersten Blick erscheine es unlogisch, dass die Wiederherstellung



der ursprünglichen Schulzeit von neun Jahren am Gymnasium mehr Platz erfordere. Dabei sei allerdings zu bedenken, dass die Auflösung der Orientierungsstufe eigentlich schon vor Jahren Anbauten erforderlich gemacht hätte, wenn die Schulzeit an den Gymnasien nicht auf acht Jahre verkürzt worden wäre.

Sylvia Schlie wies darauf hin, dass in Bad Essen bis zum Jahr 2013 Containerklassen gestanden hätten. Im Jahr 2010 sei eine Mensa angebaut worden und durch die Erweiterung der Bibliothek seien drei Räume weggefallen. Zusätzlich werde die Rückkehr zu 30 Wochenstunden in der Sekundarstufe I zu einer stärkeren Auslastung der Klassenräume am Vormittag führen. Das Gymnasium in Bad Essen sei stabil 5zünftig, aktuell habe die Schule mehr als 1.300 Schüler.

In Bad Essen ist der Neubau von sechs Klassenzimmern, von einem

Kunstraum, einem Musikraum sowie von zwei weiteren Fachunterrichtsräumen geplant. Zusätzlich ist die Erweiterung des Lehrerzimmers geplant. Umgesetzt werden sollen die Baumaßnahmen zum 1. August 2020. Bis dahin müssen die Bauleistungen geplant und ausgeschrieben werden. Für die konkrete Umsetzung sind 18 Monate vorgesehen, sodass die Bauphase Ende 2018 beginnen muss.

Der schulpolitische Sprecher der CDU/FDP/CDW-Gruppe, Christoph Ruthe-meyer, ist sich gemeinsam mit den Wittlager Kreispolitikern Anette Gottlieb, Frank Hünefeld, Peter Kovermann und Marcus Unger sicher, dass die dafür notwendigen politischen Beschlüsse im Herbst 2017 im Kreistag gefasst werden: „Unsere Schüler brauchen neben gutem Unterricht auch gute Unterrichtsräume. Dafür ist der Landkreis als Schulträger zuständig und darauf können sich die Bürger verlassen.“



Landkreis Osnabrück und Kommunen verständigen sich auf 160 Mio. Euro Paket - Kita- und Krippenfinanzierung auf neuer Basis

Einen Gesamtbetrag von rund 160 Mio. Euro will der Landkreis Osnabrück den Kommunen für Aufgaben der Kinderbetreuung bis 2022 zur Verfügung stellen. Auf diesen Betrag einigten sich der Landkreis und die Bürgermeister. Die Verabredung steht unter dem Vorbehalt der politischen Beschlussfassung. Eine entsprechende Vorlage soll am 25.09. im Kreistag behandelt werden.

Die Aufgaben der frühkindlichen Bildung liegen beim Landkreis. Basierend auf einer Vereinbarung aus den 70er Jahren nehmen die Gemeinden im Landkreis diese Aufgabe wahr. Der Landkreis gewährte den Gemeinden hierfür eine finanzielle Unterstützung. Hierbei erfolgte eine in Abhängigkeit zur Betreuungsform unterschiedliche Abrechnung. Nunmehr haben die insbesondere in den Kommunen in den letzten Jahren stark ansteigenden Aufwände zu einer Neujustierung dieser Vereinbarung geführt. Kern dieser Überlegung ist es, eine größtmögliche Flexibilität vor Ort zu unterstützen.

„Die frühkindliche Bildung ist für den Landkreis Osnabrück eine wichtige Aufgabe. Im Dialog mit den Kommunen setzen wir die jeweiligen Rahmen“, sagte Landrat Dr. Michael Lübbersmann. „Unser Ziel sind dabei möglichst einheitliche Bedingungen im Kreisgebiet. Die konkrete Ausgestaltung liegt bei den Kommunen in Abhängigkeit zur jeweiligen Vor-Ort Situation. Der jetzt vereinbarte jährliche Festbetrag gibt beiden Seiten Planungssicherheit.“ Bereits in diesem Jahr zahlt der Landkreis rd.



24,7 Mio. Euro und verdreifacht damit sein bisheriges Engagement. Bis zum Jahr 2022 wird dieser Betrag zusätzlich eines Inflationsausgleichs von 2 % pro Jahr auf dann 27,2 Mio. Euro aufwachsen. Die Verteilung soll dabei anhand der Kinderzahlen im Alter von 0-13 Jahren erfolgen. „Die Situation der einzelnen Kommunen ist ausgesprochen unterschiedlich, insoweit freue ich mich über ein möglichst unbürokratisches Verteilverfahren und größtmögliche Flexibilität vor Ort“, so Melles Bürgermeister Rainhard Scholz als Sprecher der Bürgermeisterkonferenz. „In den letzten Jahren sind die Kosten der frühkindlichen Bildung stark angestiegen. Wir sehen in dem nun verhandelten Betrag ein notwendiges aber auch deutliches Signal des Landkreises.“

„Zur Umsetzung der frühkindlichen Bildung haben unsere Kommunen in den letzten Jahren erhebliche – finanzielle – Anstrengungen geleistet“, sind sich Thomas Rehme und Martin Bäumeier als Vorsitzende der Mehr-

heitsgruppe im Kreistag einig. „Es ist daher folgerichtig, auch für die Vergangenheit einen Ausgleich zu leisten. Den im Haushalt 2017 bereits eingestellten Betrag in Höhe von 3,6 Mio. Euro wollen wir dabei noch einmal auf 5 Mio. Euro aufstocken.“ Landkreis und Kommunen sind eine kommunale Solidargemeinschaft. Mit der jetzt gefundenen Finanzierungslösung stärken wir die kinderreichen Städte und Gemeinden und investieren damit in die Zukunft des Landkreises Osnabrück.

Nach einem Beschluss des Kreistages im September soll bis Dezember eine entsprechende öffentlich-rechtliche Vereinbarung erarbeitet und abgeschlossen werden. Die Vereinbarung soll eine Laufzeit bis 2022 haben. Danach stehen Neuverhandlungen an. Über die Kreisumlage wollen Landkreis und Gemeinden in dieser Wahlperiode nicht mehr reden.

„Inklusion ist noch nicht am Ziel“ - CDU/FDP/CDW-Gruppe besuchte Bramscher Wilhelm-Busch-Schule

Auf Einladung des Bramscher CDU-Kreistagsabgeordneten Andreas Quebbemann und im Beisein der Bramscher CDU-Vorsitzenden Imke Märkl und des Schulausschussvorsitzenden Rainer Höveler (CDU) haben die Mitglieder der CDU/FDP/CDW-Gruppe im Kreistag des Landkreises Osnabrück am vergangenen Freitag die Wilhelm-Busch-Schule in Bramsche besucht.

In Anwesenheit des CDU-Landtagsabgeordneten Clemens Lammerskitten diskutierten die Gruppenmitglieder mit der Schulleiterin Vera Wennemann und dem stellvertretenden Schulleiter Matthias Heithecker über den Stand der Inklusion vor dem Hintergrund des Auslaufens der Förderschule „Lernen“ in Niedersachsen. „Aktuell ist die Inklusion noch nicht am Ziel“, betonte der Gruppenvorsitzende Martin Bäumer (CDU).



Bäumer wies darauf hin, dass eine CDU-geführte Landesregierung die Auflösung der Förderschule Lernen, von der auch die Wilhelm-Busch-Schule betroffen ist, umgehend nach der Landtagswahl beenden werde.

„Unsere Eltern brauchen eine echte Wahlfreiheit, dazu gehört auch die Möglichkeit, Kinder in einem geschützten Raum wie der Förderschule lernen zu lassen.“

Erfreut zeigten sich die Kreispolitiker über die gute Zusammenarbeit zwischen der Schule in Bramsche und dem Landkreis Osnabrück, der dort nach Auskunft von Vera Wennemann erst kürzlich ein Pflegebad eingerichtet hat.

In der anschließenden Gruppensitzung im Gasthof „Alte Post“ am Marktplatz diskutierten die Gruppenmitglieder aktuelle kreispolitische Themen und freuten sich über den Vorschlag zur künftigen Aufteilung der Kosten für Krippen und Kindertagesstätten zwischen den Kommunen und dem Landkreis Osnabrück, von dem auch die Stadt Bramsche mit einem Millionenbetrag profitieren wird.



Landkreis Osnabrück investiert 16 Mio. € in die Gymnasien

Osnabrück. Die politische Entscheidung ist vor geraumer Zeit in Hannover gefallen: Ab dem Schuljahr 2020/21 kehrt Niedersachsen zum Abitur nach 13 Jahren zurück. Damit wächst der Bedarf an allgemeinen Unterrichts- und Fachräumen an den hiesigen Gymnasien.

Diese können in Melle und Bad Iburg im vorhandenen Schulgebäude gedeckt werden. An den Gymnasien in Oesede, Bad Essen, Bramsche, Bersenbrück und Quakenbrück reichen die bestehenden Räume für den Unterricht allerdings nicht mehr aus. Hier wird jeweils ein Anbau erforderlich.

Um der räumlichen Situation gerecht zu werden, investiert der Landkreis Osnabrück in den nächsten Jahren insgesamt rund 16 Mio. €.

„Es handelt sich um eine gute und wichtige Investition in die zukünftige Bildungslandschaft im Landkreis Osnabrück. Die Gymnasien sind dann gerüstet, um auch den 13. Jahrgang gut zu beschulen“, kommentiert Landrat Dr. Michael Lübbersmann diesen Schritt. Ein entsprechender politischer Beschluss ist für die Kreistagssitzung am 25. September 2017 vorgesehen.

Für die CDU/FDP/CDW/W-Gruppe im Kreistag des Landkreises Osnabrück betonte Martin Bäumer die Notwendigkeit dieser Investition: „Wir haben im Kreis eine in den nächsten Jahren stabile demografische Entwicklung. Auch die Schülerzahlen bleiben auf einem entsprechend hohen Niveau. Und weil das Gymnasium nach wie vor die am meisten nachgefragte Schulformen ist, müssen und wollen wir

handeln. Für uns ist eine gut ausgestattete Schule die Grundvoraussetzung für eine gelingende Bildungskarriere.“

Thomas Rehme, Sprecher der SPD/ UWG-Gruppe im Kreistag, sieht den Landkreis Osnabrück in der Schulpolitik auf gutem Weg: „Bereits in den vergangenen Jahren haben wir als Schulträger immer wieder Geld in die Hand genommen, um die Schullandschaft weiterzuentwickeln. Die IGS in Bramsche und die neu gebaute Oberstufe an der IGS in Melle belegen dies nachdrücklich. Jetzt sind die fünf Gymnasien dran. Die notwendigen Investitionen sollen auf die Haushaltsjahre 2018 bis 2020 verteilt werden.“



Politiker aus der Region besuchen Laga-Baustelle Bad Iburg

Die Mehrheitsgruppe im Kreistag aus CDU-, FDP- und CDW-Mitgliedern besuchte jetzt den Baustellenbereich der Landesgartenschau (Laga) in Bad Iburg.

Die Parlamentarier schauten danach, wo bewilligte finanzielle Geldmittel eingesetzt werden.

Bislang hat der Kreis verschiedene Zuschüsse gewährt. 859.000 Euro wurden den Iburgern für die Durchführung der Laga bewilligt. Eine Million Euro stellte man im Rahmen eines Investitionsausschusses zur Verfügung.



„Mit diesem Geld beabsichtigen wir eine nachhaltige Förderung der Kurentwicklung in Verbindung mit der Laga“, sagte Mehrheitsgruppen-Chef Martin Bäumer.

Weitere Unterstützung für das Event: Die Kreisverwaltung stellt für 16 Monate einen Mitarbeiter zur Unterstützung der Geschäftsführung ab. Beteiligt ist auch die Wirtschaftsförderung des Landkreises (Wigos) über eine gesellschaftsrechtliche Beteiligung an der Laga in Höhe von 20 Prozent (5000 Euro).

„Mit dabei ist der Kreis auch über weitere Förderungen vom Naturpark Terra Vita, der Naturschutz- sowie der Sparkassenstiftung. Und der ÖPNV wird mit 100.000 Euro bezuschusst, um einen besseren Verbindungstakt während der Laga-Zeit zu ermöglichen“, so Bäumer.

Die Baustellenführung für die gut 30 Kreistagsabgeordneten übernahm Friederike Pellengahr-Dannenberg. Die Gärtnerisch-Technische Assistentin der Laga-Geschäftsführung verschaffte den Politikern eine Übersicht über das 27 Hektar große Gelände. Bei aller Kreativität in der Gartenbaukunst werde man Rücksicht auf die Vegetationszeit nehmen müssen. „Statt Stauden und Rosen, werden Sie nächstes Jahr in den Gartenbereichen Sommerblumen sehen.“

Dauerhaft bleibe der Stadt nach der Laga etwa ein Parkplatz, eine Aussichtsplattform nebst Ruhezone und der Baumwipfeldpfad erhalten.



Ein Artikel von Stefan Buchholz, Neue Osnabrücker Zeitung vom 11.08.2017

Fotos: Imma Schmidt; CDU-Kreistagsfraktion

Termine:

20. Oktober 2017, 14:30 Uhr
Gruppensitzung

25. Oktober 2017, 15:00 Uhr
Ausschuss für Umwelt und
Energie

03. November 2017, 14:30 Uhr
Gruppensitzung

06. November 2017, 10:00 Uhr
Kreisausschusssitzung

06. November 2017, 15:00 Uhr
Ausschuss für Rechnungsprüfung

08. November 2017, 15:00 Uhr
Ausschuss für Finanzen

09. November 2017, 15:00 Uhr
Ausschuss für Soziales, Senioren
und Gleichstellung

10. November 2017, 14:30 Uhr
Gruppensitzung

17. November 2017, 14:30 Uhr
Gruppensitzung

08. Dezember 2017, 14:30 Uhr
Gruppensitzung

11. Dezember 2017, 10:00 Uhr
Kreisausschusssitzung

15. Dezember 2017, 14:30 Uhr
Gruppensitzung

18. Dezember 2017, 15:00 Uhr
Kreistagsitzung

Septembermorgen

*Im Nebel ruhet noch die Welt.
Noch träumen Wald und Wiesen.
Bald siehst du, wenn der Schleier fällt,
den blauen Himmel unverstellt,
herbstkräftig die gedämpfte Welt
in warmem Golde fließen.*

Irischer Segenswunsch

Foto: Christiane Lang

**Die CDU-Kreistagsfraktion
wünscht Ihnen und Ihrer Familie
schöne, farbenfrohe Herbsttage.**



Impressum:

CDU-Kreistagsfraktion Osnabrück
Fraktionsvorsitzender Martin Bäumer, MdL
Am Schölerberg 1
49082 Osnabrück
Tel.: 0541 501-2084
Fax: 0541 501-4427
cdu.osland@t-online.de
www.cdu-kreistagsfraktion-osnabrueck.de

Öffnungszeiten:

Montag bis Freitag 8:00 - 13:00 Uhr

Mitarbeiterinnen:

Silke Bade
Anne Wiesmann



CDU-Kreistagsfraktion Osnabrück